

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 94 (2003)

Heft: 22

Artikel: Energiepolitisch ereignisreiches Jahr = Une année riche en événements

Autor: Steiner, Rudolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-857612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiepolitisch ereignisreiches Jahr

Präsidialansprache* an der Generalversammlung des VSE/AES vom 2. Oktober 2003 in Luzern

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft und mit ihr der VSE als Dachverband können auf ein energiepolitisch ereignisreiches Jahr mit Erfolgen und Niederlagen zurückblicken: Im Zentrum standen zweifellos die innerhalb und ausserhalb der Elektrizitätsbranche emotional und engagiert geführten Kampagnen zu den beiden Volksabstimmungen. Am 22. September 2002 lehnte der Souverän die wettbewerbsorientierte Öffnung des Strommarktes ab. Am 18. Mai 2003 entschied er sich mit einer überzeugend deutlichen Ablehnung der beiden Anti-Atominitiativen für die Option Kernenergie und den bewährten Schweizer Strommix mit 60% Wasserkraft und 40% Kernenergie. Diese Abstimmungsergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass das Volk in der momentan wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeit keine energiepolitischen Experimente wollte. Im Wesentlichen war es somit auch ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des bewährten Systems der schweizerischen Stromversorgung.

■ Rudolf Steiner

Elektrizitätsmarkt: Neubeginn trotz Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG)

Mit der Ablehnung des EMG hat der Souverän den Willen kundgetan, die bisherige Stromversorgung mit ihrer hohen Versorgungssicherheit und Stabilität aufrechterhalten zu wollen. Dieser Volkswille ist bei den zukünftigen Überlegungen und Vorgehensoptionen zu einer möglichen Neugestaltung des schweizerischen Strommarktes zu berücksichtigen. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt uns jedoch, dass die Strommärkte europaweit einem fundamentalen Wandel unterworfen sind. Heute ist die Strommarktöffnung in Europa zwar noch recht unterschiedlich geregelt, nämlich vom gegenwärtig minimalen Öffnungs-

grad gemäss EU-Direktive bis zur vollen Marktöffnung in einigen Staaten (z.B. Deutschland, Finnland, Österreich). Mit Beschluss des EU-Parlamentes vom Sommer 2003 sind nun jedoch die Strommärkte aller EU-Mitglieder zwingend ab 1. Juli 2004 für das gesamte Gewerbe und ab 1. Juli 2007 vollständig, also auch für die Haushaltskunden, zu öffnen. Diese Entwicklung kann die Schweiz, welche die zentrale Stromdrehscheibe mitten im westeuropäischen Stromverbundnetz ist, nicht ignorieren. Unter gebührender Be-

rücksichtigung des Volkswillens sind daher in Anlehnung an die europäischen Partnerländer geeignete Lösungen einer angemessenen europakonformen Strommarktöffnung im Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft zu suchen.

Angesichts der rasanten Strommarktentwicklung in Europa, mit klaren Meilensteinen 2004 und 2007, sah sich der Bundesrat im Frühjahr 2003 trotz Ablehnung des EMG gezwungen, auch inskünftig die Weiterbehandlung sämtlicher Fragen rund um eine mögliche Öffnung des Elektrizitätsmarktes voranzutreiben. In diesem Sinne setzte der Bundesrat den Prozess zur Erarbeitung einer neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) in Gang. Nach Auswertung der umfangreichen Gespräche mit den betroffenen Kreisen (Elektrizitätsbranche, Wirtschaft, Gewerkschaften, Parteien, Umweltorganisationen usw.) gab der Bundesrat am 7. März 2003 den Startschuss für die Ausarbeitung eines neuen Gesetzesentwurfes. Dieser soll einerseits die unbestrittenen Elemente des abgelehnten EMG beinhalten und andererseits verstärkt die Anliegen der EMG-Gegnerschaft berücksichtigen. Die Arbeiten im Rahmen einer Expertenkommission unter der Leitung der Berner Alt-Regierungsrätin Dori Schär-Born sowie von vier Begleitgruppen zu den Themenkreisen «Marktmacht und Transparenz», «Neues Marktmodell», «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz» sowie «Versorgungssicherheit und Service Public» sind in vollem Gange. Neben der

Angesichts der rasanten Strommarktentwicklung in Europa sah sich der Bundesrat im Frühjahr 2003 trotz Ablehnung des EMG gezwungen, auch inskünftig die Weiterbehandlung sämtlicher Fragen rund um eine mögliche Öffnung des Elektrizitätsmarktes voranzutreiben (Bilder Leuthold).



*Präsidialansprache, vorgetragen von Dr. Conrad Ammann, Vizepräsident VSE

Adresse des Autors
Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat
Präsident des Verbandes Schweizerischer
Elektrizitätsunternehmen (VSE)
5001 Aarau

Mitarbeit einzelner Vertreter der Branche in der Expertenkommission sowie in den Begleitgruppen arbeiten parallel auch VSE-interne Arbeitsgruppen an den zur Diskussion stehenden Marktöffnungsmodellen, um auch branchenintern zu einer möglichst konsensfähigen Lösung zu gelangen.

Trotz all dieser auf Konsens ausgerichteten Bestrebungen scheint ein Entscheid des Bundesgerichts vom 17. Juni 2003 einer wilden Marktöffnung Tür und Tor zu öffnen und eine geordnete Marktöffnung zu verhindern. Mindestens könnte er jedoch die gegenwärtigen Arbeiten an einer konsensfähigen Lösung massiv in Frage stellen. Das Bundesgericht hat das Urteil der Wettbewerbskommission bzw. der Rekurskommission für Wettbewerbsfragen im Streit Watt Suisse AG/Migros gegen die Freiburgischen Elektrizitätswerke (EEF) gutgeheissen und bestätigt, dass EEF infolge «missbräuchlicher Ausübung von Marktmacht» die Durchleitung durch ihr Netz zu gewährleisten hat. Der Fall liegt nun letztinstanzlich beim Bundesrat, welcher, gestützt auf eine Ausnahmebestimmung des Kartellgesetzes, den Entscheid des Bundesgerichtes aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen noch befristet aussetzen könnte. Mit einem Entscheid des Bundesrates ist vor Ostern 2004 nicht zu rechnen.

Dass unsere Branche in dieser Phase der Neuorientierung eine sehr schwierige Zeit durchläuft, kann nicht verschwiegen werden. Durch den Lernprozess im Verlaufe der Entwicklung des EMG wissen wir heute alle mehr über Chancen und Risiken einer Strommarktliberalisierung – oder glauben es zumindest zu wissen. Deshalb werden auch die Interessen der einzelnen Unternehmen heute wesentlich kompromissloser vertreten, als es dies zu Zeiten des EMG der Fall war. Dazu möchte ich zwei Aussagen machen:

Erstens scheint es mir richtig, dass die einzelnen Unternehmen ihre Interessen vertreten und damit die Spannungsfelder innerhalb der Branche auch transparent werden.

Zweitens sollte jedoch das übergeordnete Interesse einer Branche stets mitbeachtet werden, damit der Branchenverband im politischen Prozess als starker und glaubwürdiger Partner im Dienste der Sache auftreten kann.

Ich appelliere an Sie, Fragen, die innerhalb der Branchengruppen oder innerhalb der Wertschöpfungsketten zu lösen sind, auch dort zu lösen. Wenn Streitfragen auf die nationale Ebene transferiert werden, ist das Risiko zu gross, dass Dritte unsere Angelegenheiten regeln, die

nicht unser Brancheninteresse im Sinne haben.

Option Kernenergie offen halten, auch ohne Entsorgungslösung

Am 18. Mai 2003 hat sich das Schweizervolk klar und deutlich gegen die beiden Anti-Atominitiativen «MoratoriumPlus» und «Strom ohne Atom» ausgesprochen. Zusammen mit seinen Mitgliedern, Verbündeten und befreundeten Organisationen hat der VSE massgeblich zu diesem guten Resultat beigetragen. Diesem Entscheid für die Beibehaltung der Option Kernenergie folgte Ende Mai 2003 die Veröffentlichung des vom Parlament verabschiedeten Kernenergiegesetzes, welches den sicheren und wirtschaftlichen Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke ermöglichen soll. Obwohl die Referendumsfrist am 4. September 2003 unbenutzt verstrichen ist, wird das Kernenergiegesetz voraussichtlich erst auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten, da vorgängig noch diverse dazugehörigen Verordnungen auszuarbeiten, bzw. anzupassen sind.

Nach dem Nidwaldner Nein zum Sondierstollen am Wellenberg muss diese Option endgültig von der Liste der möglichen Standorte für die Endlagerung schwachradioaktiver Abfälle gestrichen werden. Die Neuerarbeitung von Konzepten für die Endlagerung von schwach- und mittelaktiven Abfällen erfolgt in Kooperation mit der Bundesverwaltung. Für die Endlagerung der hoch- und langlebigen mittelaktiven Abfälle hat die Nagra Ende 2002 einen entsprechenden Entsorgungsnachweis eingereicht, welcher bereits für viel Wirbel um einen möglichen Lagerstandort im Zürcher Weinland gesorgt hat. Der Bundesrat will nach der technischen Überprüfung bis 2006 über den Nachweis und das weitere Vorgehen entscheiden.

Entlastungsprogramm: Streit um EnergieSchweiz

Anfang Juni 2003 wurden vom Eidgenössischen Finanzdepartement die Entlastungsmassnahmen 2003 für den Bundeshaushalt präsentiert. Diese sahen unter anderem die Streichung des 55-Millionen-Budgets für das Programm EnergieSchweiz sowie die Einführung von Lenkungsabgaben bzw. zweckgebundenen Energiesteuern auf nicht erneuerbaren Energien vor. In der Vernehmlassung setzte sich der VSE vehement gegen die Einführung jeglicher

Lenkungsabgaben zur Wehr und vertrat betreffend EnergieSchweiz eine «moderate» Linie. Anfang Juli 2003 wurde dann ein neuer Vorschlag vorgelegt, der ein stark reduziertes Programm EnergieSchweiz, ohne die Einführung einer Ersatzlenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien, vorsah. Die Spezialkommissionen von National- und Ständerat haben an ihren Sitzungen Ende August und Anfang September 2003 ihrerseits die Mittel für EnergieSchweiz wieder aufgestockt, jedoch ohne Lenkungsabgaben. Diese sind mittlerweile vom Ständerat als Erstrat verworfen worden. Der VSE wird jegliche Bestrebungen, irgendwelche Lenkungsabgaben auf nicht erneuerbaren Energieträgern einführen zu wollen, weiterhin klar bekämpfen. Angesichts des Zieles, in der Strombranche Wettbewerb einzuführen und über wettbewerbsfähige Strompreise zu verfügen, sind Energiesteuern fehl am Platze.

Ökologische Akzente

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft ist stolz darauf, dass praktisch die gesamte inländische Stromproduktion auf CO₂-freien Quellen, nämlich der Wasserkraft und der Kernenergie, beruht. In diesem Sinne trägt unser Land einen markanten Beitrag zur Verminderung der CO₂-Emissionen bei. Damit unterstützt unsere Branche die Erfüllung des Kyoto-Vertragswerkes, dem die Schweiz nach der Ratifikation durch die eidgenössischen Räte in diesem Jahr beigetreten ist.

Keine Unterstützung leistet unsere Branche für die Ratifizierung der Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention. Mehrfache bisherige Bemühungen zur Ratifikation der Protokolle in den eidgenössischen Räten wurden vertagt. Die Elektrizitätswirtschaft lehnt die Alpenkonvention und deren Umsetzung mit den diversen Protokollen ab, da wir kein internationales Vertragswerk befürworten können, welches den Naturschutz einseitig der Nutzung voranstellt. Die Alpen sind für unsere Elektrizitätsproduktion und -transportleitungen von absolut zentraler Bedeutung und müssen auch künftig diesen Zweck uneingeschränkt erfüllen können.

Keine Ruhe in der Energiepolitik

Die energiepolitischen Themen werden uns in den nächsten Jahren weiter begleiten. Die Elektrizitätswirtschaftsordnung, Klimaschutzanliegen, Energie-

effizienz sowie die Kernenergie inklusive die Entsorgungsfrage und nicht zuletzt die immer wiederkehrenden Vorstösse für Energielenkungsabgaben werden uns auch künftig beschäftigen. Wir werden im VSE bestrebt sein, eine ordnungspolitisch klare und wirtschaftsfreundliche Energiepolitik zu fordern, und uns aktiv dafür einsetzen.

Ein aktuelles Thema für die Förderung der schweizerischen Wasserkraft wird die parlamentarische Initiative mit der Forderung nach Reduktion bzw. Flexibilisierung der Restwassermengen sein; auch hier ist eine Beurteilung im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie vorzunehmen. Die Akzente sind bei uns klar gesetzt, nämlich zu Gunsten der ökologisch einwandfreien Wasserkraftproduktion.

Der VSE als Verband und Unternehmen im Dienste seiner Mitglieder

Der jährliche Tätigkeitsbericht des VSE vermittelt jeweils einen guten Überblick über die Aktivitäten des Verbandes. Ein paar Aspekte der intensiven Arbeit der Geschäftsstelle möchte ich dennoch erwähnen:

Intensive Lobbying-Arbeit auf Parlaments- und Verwaltungsebene hat im vergangenen Jahr das Kernenergiegesetz und weitere energiepolitische Aktivitäten

begleitet. Ein erfolgreiches Lobbying setzt Glaubwürdigkeit, Kontinuität und ein tragfähiges Netzwerk voraus; Eigenschaften, die praktisch nur einem initiativen und gut positionierten Verband zukommen können. Parallel zum Lobbying oder «Public Affairs» läuft die Kommunikation nach innen an die Branche und nach aussen an die Stimmbürger und Stromkonsumenten. Kommunikation mit der Branche waren beispielsweise die Gespräche im Rahmen der «VSE-Sondage», die an verschiedenen Orten in der ganzen Schweiz mit Geschäftsleitern der VSE-Mitgliedunternehmen stattfanden und an denen Themen und Bedürfnisse der zukünftigen Dienstleistungen des VSE diskutiert wurden. Die Resultate werden in der Arbeit der Geschäftsstelle umgesetzt. Es ist im Übrigen auch im nächsten Jahr wieder eine «Sondage»-Runde geplant, zu der ich Sie bereits heute herzlich einladen möchte.

Die VSE-Dienstleistungen stehen trotz EMG-Nein weiterhin unter dem Vorzeichen der Markttöffnung. So wurde in diesem Frühjahr der «GridCode Schweiz», als zentrale technische Dokumentation zur Markttöffnung auf dem gegenwärtig gültigen Stand fertig gestellt und steht im Extranet den Mitgliedern für ihre Vorbereitungsarbeiten in den Unternehmen zur Verfügung. Die Finanzkommission hat das «Handbuch für die Rechnungslegung für Partnerwerke» erstellt, die Kommis-

sion für Fragen der Kostenrechnung arbeitet am «Handbuch für das betriebliche Rechnungswesen» und auch das «Sicherheitshandbuch» wurde durch die Kommission Sicherheit im EW auf aktuelle Grundlagen gestellt.

Als äusseres Zeichen für die Flexibilität der Geschäftsstelle ist der Umzug von Zürich nach Aarau zu charakterisieren. Innert kürzester Zeit wurde der neue Standort evaluiert, vertraglich gesichert, der Innenausbau durchgeführt und die neuen Büroräumlichkeiten bezogen. Das Resultat darf sich gewiss sehen lassen.

Alles in allem: Die Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter haben erneut ein grosses Mass an Arbeit geleistet. Das Prädikat «erfolgreich» darf dafür durchaus verwendet werden. Allerdings ist letztlich der Erfolg eines Verbandes immer vom Engagement der Mitgliedunternehmen abhängig. Ich danke allen, die sich im Laufe des letzten Jahres für die gemeinsamen Ziele unserer Branche eingesetzt haben. Der Dank gehört dem Vorstand und dem Ausschuss für seine engagierte Arbeit, aber auch allen Kommissionen und Arbeitsgruppen für ihr Mitwirken und ihre Motivation zur Erreichung der Branchenziele. Ein grosser Dank gehört zuletzt auch der Geschäftsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren unermüdlichen Einsatz für die Mitgliedunternehmen und die schweizerische Elektrizitätswirtschaft.

Une année riche en événements

Allocution présidentielle à l'Assemblée générale de l'AES du 2 octobre 2003 à Lucerne

Pour l'économie électrique suisse et l'AES, en tant qu'organisation faîtière, les douze derniers mois ont été une période riche en événements, faite de succès et d'échecs. Les campagnes menées avec engagement et émotion en rapport avec les deux votations populaires ont sans aucun doute été au centre des activités. Le 22 septembre 2002, le peuple a rejeté l'ouverture du marché de l'électricité à la concurrence. Le 18 mai 2003, en rejetant les deux initiatives antinucléaires, il s'est exprimé à une forte majorité en faveur de l'option nucléaire et du mix énergétique suisse qui a fait ses preuves. Ces résultats laissent entrevoir que le peuple ne souhaitait pas faire de nouvelle expérience dans le domaine de la politique énergétique au cours d'une période économique et politique difficile. Ils reflètent aussi le désir de conserver le système d'approvisionnement suisse éprouvé en électricité.

Nouveau départ malgré le rejet de la loi sur le marché de l'électricité (LME)

En rejetant la LME, le peuple a manifesté sa volonté de maintenir l'approvisionnement en électricité actuel, qui présente une sécurité de l'approvisionnement et une stabilité élevées. Il s'agit à présent de prendre en considération la volonté exprimée par le peuple lors des futures réflexions et du choix des procédures visant à restructurer le marché suisse de l'électricité. Un coup d'œil au-delà des frontières révèle toutefois que les marchés de l'électricité subissent un changement fondamental au niveau européen. A l'heure actuelle, les marchés européens présentent certes encore des degrés d'ouverture différents, allant du

minimum fixé dans les directives de l'UE à une ouverture complète dans certains pays (comme l'Allemagne, la Finlande, l'Autriche, etc.). Selon la décision du Parlement de l'UE prise durant l'été 2003, tous les membres de l'UE devront ouvrir leur marché de l'électricité aux PME à partir du 1^{er} juillet 2004, puis entièrement, donc aussi aux ménages, à partir du 1^{er} juillet 2007. En tant que plaque tournante centrale du réseau d'interconnexion de l'Europe occidentale, la Suisse ne peut pas ignorer cette évolution. Des solutions adéquates doivent être trouvées, en tenant non seulement compte du résultat de la votation sur la LME, mais aussi en s'inspirant de nos partenaires européens, afin d'ouvrir le marché de l'électricité suisse de manière compatible avec l'Europe, et ce, dans l'intérêt de l'économie nationale suisse.

Vu l'évolution rapide du marché de l'électricité en Europe, marquée par des échéances précises en 2004 et en 2007, le Conseil fédéral s'est vu contraint au printemps 2003, malgré le rejet de la LME, de continuer à faire avancer toutes les questions en rapport avec une éventuelle ouverture du marché de l'électricité. Il a pour cela mis en route le processus de mise sur pied d'une nouvelle organisation du marché de l'électricité (OSEL). Après avoir évalué les discussions approfondies avec les milieux concernés (branche électrique, économie, syndicats, partis, organisations écologistes, etc.), le Conseil fédéral a donné son feu vert le 7 mars 2003 à l'élaboration d'un nouveau projet de loi. Ce projet doit, d'une part, reprendre les éléments non controversés de la LME et, d'autre part, tenir davantage compte des intérêts des opposants à la LME. La commission d'experts, sous la conduite de l'ancienne Conseillère d'Etat bernoise, Doris Schär-Born, ainsi que les quatre groupes d'accompagnement traitant les thèmes «Puissance de marché et transparence», «Nouveau modèle de marché», «Energies renouvelables et efficacité énergétique» ainsi que «Service public et sécurité de l'approvisionnement» ont entamé leurs travaux. Parallèlement à la collaboration de certains représentants de la branche dans la commission d'experts et dans les groupes d'accompagnement, des groupes de travail internes à l'AES contribuent aussi aux modèles de marché afin d'aboutir à une solution acceptable pour la branche.

Malgré toutes ces tentatives visant à un consensus, la décision prise par le Tribunal fédéral le 17 juin 2003 favorise une ouverture sauvage du marché et empêche toute réglementation. Il se

pourrait que cette décision remette en question les travaux effectués actuellement en faveur d'une solution consensuelle. Le Tribunal fédéral a en effet approuvé la décision de la Commission de la concurrence et de la Commission de recours en matière de concurrence dans le litige opposant Watt Suisse AG/Migros aux Entreprises Electriques Fribourgeoises (EEF). Ainsi, il confirme que les EEF doivent garantir l'acheminement sur leur réseau suite à «un abus de leur position dominante sur le marché». Le cas est à présent entre les mains du Conseil fédéral, en tant que dernière instance; celui-ci, se basant sur une disposition exceptionnelle de la loi sur les cartels, pourrait suspendre temporairement la décision du Tribunal fédéral dans l'intérêt public. Le Conseil fédéral ne devrait pas se prononcer avant Pâques 2004.

On ne peut pas cacher que cette phase de réorientation constitue une période difficile pour notre branche. Grâce aux expériences faites lors de la mise sur pied de la LME, nous en savons à l'heure actuelle davantage sur les chances et les risques qu'entraînerait une libéralisation du marché – ou du moins nous croyons le savoir. C'est la raison pour laquelle les entreprises défendent aujourd'hui leurs propres intérêts plus intensément que du temps de la LME. A ce propos, j'aimerais mentionner deux choses:

Premièrement, il me semble juste que les entreprises défendent leurs intérêts et mettent ainsi en évidence les sujets conflictuels au sein de la branche.

Deuxièmement, l'intérêt commun d'une branche devrait toujours être pris en considération, afin que l'organisation faîtière puisse participer au processus politique en tant que partenaire fort et crédible.

Je vous demande donc de régler les problèmes qui doivent l'être au sein des groupes de la branche ou dans le cadre des relations entre entreprises. Si des points de désaccord doivent être transférés au niveau national, le risque est trop grand que le problème soit réglé par des tiers qui n'ont pas les mêmes intérêts que notre branche.

Maintenir l'option du nucléaire ouverte, même sans solution d'évacuation des déchets

Le 18 mai 2003, le peuple suisse s'est clairement exprimé contre les deux initiatives antinucléaires «Moratoire-plus» et «Sortir du nucléaire». En collaboration

avec ses membres, ses alliés et les organisations proches, l'AES a largement contribué à ce bon résultat. Suite à cette décision en faveur du maintien de l'option du nucléaire, la loi sur l'énergie nucléaire a été adoptée par le Parlement à la fin mai 2003. Cette loi permet de continuer à exploiter les centrales nucléaires existantes de manière fiable et économique. Bien que le délai pour lancer un référendum ait expiré le 4 septembre 2003, la loi sur l'énergie nucléaire ne devrait entrer en vigueur que le 1^{er} janvier 2005, étant donné que diverses ordonnances doivent auparavant être élaborées ou adaptées.

Après le Non des citoyens de Nidwald à une galerie de sondage au Wellenberg, cette option doit être définitivement supprimée de la liste des éventuels sites pouvant accueillir un dépôt géologique définitif pour les déchets de faible radioactivité. De nouveaux concepts en faveur d'un dépôt géologique définitif pour les déchets de faible et de moyenne radioactivité sont en cours d'élaboration en coopération avec l'administration fédérale. En ce qui concerne les déchets hautement radioactifs, la Nagra a remis à la fin 2002 une étude de faisabilité du stockage géologique; celle-ci a déjà provoqué de nombreux remous du fait de la proposition de créer un éventuel dépôt géologique dans le Weinland zurichois. Après une analyse technique d'ici à 2006, le Conseil fédéral prendra une décision concernant cette étude et la poursuite des travaux.

Programme d'allègement: Controverse autour de SuisseEnergie

Au début juin 2003, le Département fédéral des finances a présenté les mesures d'allègement 2003 pour le budget fédéral. Elles prévoyaient en autres la suppression de 55 millions de francs dans le budget du programme de SuisseEnergie, ainsi que l'introduction de taxes d'incitation et d'impôts à affectation spécifique sur les énergies non renouvelables. Au cours de la consultation, l'AES s'est clairement opposée à l'introduction de taxes d'incitation et a défendu une ligne «modérée» en ce qui concerne SuisseEnergie. Au début juillet 2003, une nouvelle proposition a été présentée, réduisant fortement le programme Suis-

Adresse de l'auteur

Rudolf Steiner, Conseiller national
Président de l'Association des entreprises
électriques suisses (AES)
5001 Aarau

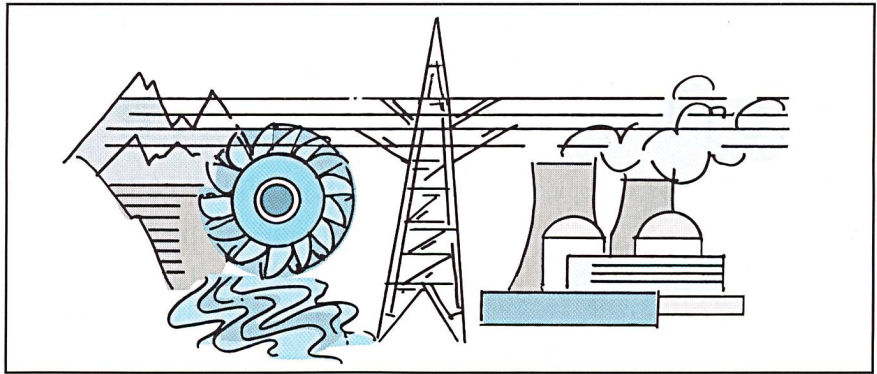
seEnergie, sans toutefois introduire de taxe d'incitation sur les énergies non renouvelables. Lors de leurs séances à la fin août et au début septembre 2003, les commissions spéciales du Conseil national et du Conseil des Etats ont à nouveau augmenté les moyens de SuisseEnergie, mais sans taxes d'incitation. Entre-temps, le Conseil des Etats, en tant que premier Conseil, les a rejetées. L'AES continuera clairement à s'opposer à toute tentative visant à introduire des taxes d'incitation sur les agents énergétiques non renouvelables. En effet, des impôts sur l'énergie iraient à l'encontre du but visant à introduire la concurrence au sein de la branche électrique et à disposer de prix de l'électricité concurrentiels.

Accents écologiques

L'économie électrique suisse est fière du fait que pratiquement toute la production nationale d'électricité repose sur des sources énergétiques n'émettant pas de CO₂, soit la force hydraulique et le nucléaire. En ce sens, notre pays contribue de manière remarquable à la réduction des émissions de CO₂ et la branche soutient ainsi la convention de Kyoto ratifiée cette année par les chambres fédérales. Par contre, notre branche ne soutient pas la ratification des protocoles relatifs à la Convention alpine. Toutes les tentatives de ratification entreprises jusqu'à présent aux chambres fédérales ont été reportées. L'économie électrique rejette la Convention alpine et son application par les divers protocoles, car elle ne peut pas approuver une convention internationale qui fasse catégoriquement passer la protection de la nature avant son utilisation. Les Alpes revêtent une importance capitale pour notre production d'électricité et ses lignes de transport et doivent à l'avenir également pouvoir remplir cette fonction sans restriction.

Pas de repos en politique énergétique

Les thèmes de politique énergétique continueront à nous accompagner au cours des prochaines années. A l'avenir, notre travail sera principalement axé sur l'organisation du secteur de l'électricité, les objectifs en matière de protection du climat, l'efficacité énergétique, ainsi que le nucléaire, y compris les questions d'évacuation des déchets, et sur les incessantes propositions en faveur de taxes d'incitation. L'AES s'efforce de soutenir une politique énergétique claire et pro-



Le peuple s'est exprimé à une forte majorité en faveur de l'option nucléaire et du mix énergétique suisse.

pice à l'économie, et elle s'engage activement en ce sens.

La promotion de la force hydraulique suisse constituera un thème d'actualité avec l'initiative parlementaire qui revendique la réduction et la flexibilité des débits résiduels. Ici aussi, il s'agira d'évaluer les domaines controversés entre économie et écologie. Nous avons déjà clairement fixé les priorités en faveur d'une production hydraulique irréprochable du point de vue écologique.

L'AES, une association et une entreprise au service de ses membres

Le rapport d'activité annuel de l'AES donne un bon aperçu des activités de l'association. Toutefois, je souhaiterais mentionner quelques aspects du travail intensif de l'association:

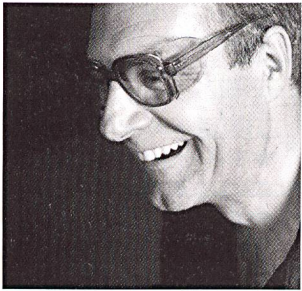
Un travail intense de lobbying au niveau du Parlement et l'administration fédérale ont accompagné la loi sur l'énergie nucléaire et d'autres activités de politique énergétique au cours de l'année écoulée. Un lobbying efficace présuppose la crédibilité, la continuité et un réseau acceptable, des qualités dont peut faire preuve seule une association bien positionnée et capable d'initiatives. Parallèlement aux travaux de lobbying et de « public affairs », des activités de communication ont eu lieu au sein de la branche et pour les citoyens et les consommateurs. En ce qui concerne la communication au sein de la branche, des discussions ont été menées à différents endroits en Suisse avec les responsables des entreprises membres de l'AES dans le cadre du « Sondage de l'AES », discussions au cours desquelles ont été abordés les thèmes et besoins concernant les futures prestations de l'AES. Les résultats sont mis en pratique dans le travail de l'association. Un nouveau sondage est prévu pour l'année prochaine et je vous y convie d'ores et déjà.

Malgré le Non à la LME, les prestations de l'AES continuent à être axées sur l'ouverture du marché. En ce sens, nous avons mis à jour ce printemps le « Grid-Code Suisse », la documentation technique centrale de l'ouverture du marché. Elle est à la disposition des membres dans l'Extranet pour leurs travaux de préparation. La commission Ressources financières a élaboré le « Handbuch für die Rechnungslegung für Partnerwerke » (Manuel de l'établissement des comptes pour les entreprises partenaires, n'existe qu'en allemand), la commission Comptabilité analytique travaille au « Manuel de comptabilité analytique d'exploitation » et la commission Sécurité dans l'entreprise électrique a remis à jour le « Manuel de la sécurité ».

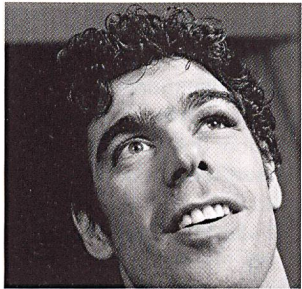
Le déménagement de l'association de Zurich à Aarau constitue une preuve de sa flexibilité. En peu de temps, elle a su évaluer l'endroit, signer le contrat, conceptualiser l'aménagement intérieur et prendre possession de ses nouveaux locaux. Vous pouvez en tout temps contempler le résultat.

En résumé: la direction et tous les collaborateurs ont à nouveau accompli un énorme travail que l'on peut qualifier de remarquable. En outre, le succès d'une association dépend toujours de l'engagement de ses entreprises membres. Je vous remercie tous, vous qui vous êtes investis tout au long de l'année en faveur des objectifs communs de notre branche. Mes remerciements vont également au Comité et au Comité restreint pour leur engagement, ainsi qu'à toutes les commissions et tous les groupes de travail qui ont collaboré avec motivation pour atteindre les objectifs que la branche s'est fixée. J'adresse également un tout grand merci à la direction et aux collaboratrices et collaborateurs pour le travail effectué sans relâche en faveur des entreprises membres et de l'économie électrique suisse.

Nexans Suisse: depuis 125 ans, notre métier, le câble

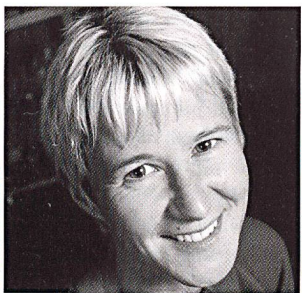


Thomas: département technique à Breitenbach, Rafael: production à Cossonay,



Ingrid: communication à Cortaillod, et leurs collègues, tous collaborateurs chez

Nexans Suisse, confectionnent des câbles d'énergie.



Grâce à eux, le courant passe.



www.nexans.ch/e-service

Découvrez la plus grande bibliothèque
de câbles en ligne !

- plus de 6000 fiches-produits
- un outil de recherche puissant et rapide

Nexans

Expert mondial en câbles
et systèmes de câblage